

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Verzicht auf die geplante Kita-Gebührenerhöhung

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Auf die geplante Erhöhung der Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung wird verzichtet.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	528	0
Jahr 2	1901	0
Jahr 3	3196	0
Jahr 4	4693	0
Jahr 5	6424	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde­liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde­liste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr. *)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Nach den Planungen der Verwaltung sollen die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung künftig auf bis zu 828 Euro pro Monat steigen. Diese Entwicklung würde viele Familien in Stuttgart zusätzlich finanziell überlasten und das ohnehin angespannte Verhältnis zwischen Lebenshaltungskosten und Einkommen weiter verschärfen. Die Kita ist ein zentraler Ort der frühkindlichen Bildung – und Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Eine weitere Gebührenerhöhung steht im Widerspruch zu den bildungspolitischen Zielen der Stadt und konterkariert den Anspruch auf gleiche Startchancen für alle Kinder. Zugleich zeigt sich, dass die Betreuungssituation für Eltern zunehmend unzuverlässig geworden ist – durch Fachkräftemangel, eingeschränkte Öffnungszeiten und kurzfristige Ausfälle. Eine Gebührenerhöhung bei gleichzeitig sinkender Verlässlichkeit der Betreuung wäre daher weder vermittelbar noch gerechtfertigt.

Angesichts der demografischen Entwicklung und der steigenden Zahl von Familien, die sich das Leben in Stuttgart nicht mehr leisten können, muss die Stadt alles daransetzen, Familien in der Stadt zu halten. Dazu gehört, die finanzielle Belastung durch Kita-Gebühren nicht weiter zu erhöhen. Langfristig bleibt für uns das Ziel einer gebührenfreien frühkindlichen Bildung, die nur mit einer verlässlichen Mitfinanzierung durch das Land Baden-Württemberg realisierbar ist. Kurzfristig muss jedoch gelten: Vor einer Belastung der Familien sind alle anderen Finanzierungsmöglichkeiten im städtischen Haushalt auszuschöpfen.

Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher

Clara Streicher